

## Walter Wallmann erster Ministerpräsident der CDU in Hessen

Zur Wahl als neuer Ministerpräsident von Hessen erhielt Walter Wallmann zahlreiche Glückwünsche. In einem Telegramm gratulierte Bundeskanzler Helmut Kohl. Darin heißt es wörtlich: Zum ersten Mal übernimmt ein Politiker der Christlich Demokratischen Union Deutschlands das höchste Staatsamt in Hessen. Begabung, Energie und Beharrlichkeit, vor allem aber Deine Treue zur Sache haben Dir den Weg dorthin geebnet. Schon im Jahre 1977 war es Dir bei der hessischen Kommunalwahl im ersten Anlauf gelungen, die Mehrheit der Bürger der Stadt Frankfurt für Dich zu gewinnen. Aus der einstmals als unregierbar geltenden Stadt hast Du als Oberbürgermeister ein blühendes Gemeinwesen geschaffen. Als Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hast Du Zeichen gesetzt für eine Politik, die den Menschen unseres Landes dient und sich ihrer Verantwortung für die Natur bewußt ist.

Deine Kompetenz und Deine Erfahrungen als Parlamentarier, Oberbürgermeister und Bundesminister werden Dir helfen, die richtigen Maßnahmen zum Wohle der Bürger des Landes Hessen und der Bundesrepublik Deutschland zu treffen und Deine Arbeitskraft im Sinne unserer gemeinsamen Überzeugung wirkungsvoll einzusetzen. Ich freue mich auf ein weiteres engeres und konstruktives Zusammenwirken und wünsche Dir für Deine verantwortungsvolle Arbeit Glück, Erfolg und Gottes Segen.

### HEUTE AKTUELL

#### ● DEUTSCHLAND-POLITIK

Unser Ziel bleibt: Freiheit und Einheit für alle Deutschen.  
Seite 3—4

#### ● STAHLINDUSTRIE

Wir werden alles tun, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Stahlindustrie zu erhalten.  
Seite 5—8

#### ● STEUERN

Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988.  
Seite 9

#### ● PARTEITAG

19. Parteitag der Exil-CDU.  
Seite 10—12

#### ● ÖFFENTLICHKEITS-ARBEIT

Sympathiewerbung mit Aktionen — Ein Sommer mit der CDU.  
Seite 13—15

#### ● DOKUMENTATION

Die Wahrheit über die Grünen.  
grüner Teil

Auch **Generalsekretär Heiner Geißler** war unter den Gratulanten und erklärte: Heute ist ein großer Tag für Hessen, für die Demokratie und für die Christlich Demokratische Union. Die Wahl von Walter Wallmann zum hessischen Ministerpräsidenten ist das Ergebnis einer langjährigen konsequenten und erfolgreichen Politik der hessischen CDU. Die hessische Union hat im Gegensatz zur SPD und zu den Grünen dem Bürger klare inhaltliche Alternativen zum Beispiel in der Energie- und Schulpolitik verdeutlichen können.

Der Erfolg der CDU in Hessen verbindet sich aber auch mit den Namen von Walter Wallmann und Alfred Dregger, die die Union mit beispielhaftem persönlichen Einsatz zur Regierungsverantwortung geführt haben. Walter Wallmann hat als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt/Main durch seine Politik der Toleranz und kulturellen Öffnung entscheidende Voraussetzungen für den Wahlerfolg vom 5. April schaffen können.

Die Regierungsübernahme in Hessen ist auch ein Erfolg der Volkspartei CDU. Durch ihre konsequente politische Arbeit konnte dieses traditionell von den deutschen Sozialdemokraten geprägte Bundesland für die Union gewonnen werden. Die CDU wird alles tun, damit ihre Politik auch über die nächste Legislaturperiode hinaus in Hessen fortgesetzt werden kann.

Die Niederlage der SPD in Hessen vom 5. April war eine historische Zäsur. Das Ende des rot-grünen Paktes in Hessen verdeutlicht den inhaltlichen und persönlichen Auszehrungsprozeß der deutschen Sozialdemokratie. Die SPD muß jetzt beweisen, ob sie wieder zum Anspruch der Volkspartei im Sinne ihres Godesberger Programms zurückfinden kann oder ob sie den in den Nürnberger Parteitagebeschlüssen angelegten Weg des Ver-

zichts auf ihr eigenständiges Profil und der Anpassung an die Grünen weitergehen will.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion übermittelte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer **Rudolf Seiters** die Glückwünsche:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beglückwünscht den neuen hessischen Ministerpräsidenten Walter Wallmann zu seiner Wahl. Nunmehr steht in Hessen ein Mann an der politischen Spitze, der nach erfolgreicher Arbeit als Frankfurter Oberbürgermeister und als erfolgreicher Bundesumweltminister alle Voraussetzungen mitbringt, um zum Wohle der hessischen Bürger arbeiten zu können. Hessen hat ab heute eine handlungsfähige Regierung. Sie garantiert, daß der innere Frieden in diesem Land wieder einkehrt. Gleichzeitig sagt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Walter Wallmann Dank für seine hervorragenden Leistungen als erster deutscher Bundesumweltminister. In umweltpolitisch schwieriger Zeit hat er sein Amt angetreten und ein neues Ministerium aufgebaut. In kürzester Zeit hat er wegweisende umweltpolitische Projekte auf den Weg gebracht.

## Zitat

*„Die CDU steht für den wirtschaftlichen Aufschwung, für mehr Beschäftigung und für mehr soziale Gerechtigkeit. Konrad Adenauer ist . . . 20 Jahre tot. Was manche bei der Würdigung seiner Leistungen vergessen, ist, daß unter seiner politischen Führung ganz fundamentale sozialpolitische Fortschritte erreicht worden sind. Ich erinnere nur an die Einführung der Mitbestimmung und an die Durchsetzung der bruttolohnbezogenen Rente.“*

(Hartmut Perschau, Hamburger Abendblatt vom 13. 4. 1987)

# Unser Ziel bleibt: Freiheit und Einheit für alle Deutschen

Bundeskanzler Helmut Kohl ist in seiner Regierungserklärung sehr ausführlich auf die Deutschlandpolitik eingegangen. Er hat damit den hohen Stellenwert dieses Bereiches herausgestellt. Dorothee Wilms, der neue Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, erklärte zu den Aufgaben und Chancen der Deutschlandpolitik: Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR haben großes politisches Gewicht. Der Rahmen der Deutschlandpolitik ist jedoch weiter gespannt. Deutschlandpolitik beinhaltet auch die Frage nach der Zukunft Deutschlands und der Deutschen. Dies weist über den andauernden Zustand der Teilung der einen Nation hinaus.

Jeder politisch und historisch denkende Mensch weiß, daß die heutige Lage Deutschlands kein stabiler Zustand ist, in dem die geschichtliche Entwicklung ihre Erfüllung gefunden hätte. Daß eine Nation im Herzen Europas angesichts ihrer Teilung durch Mauer und Stacheldraht ihre Ruhe finden würde, kann niemand ernsthaft glauben — weder in Moskau oder Washington noch in Warschau oder Paris. Daß deutschen Menschen Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechte verweigert werden, kann uns in der Bundesrepublik Deutschland nicht ruhen lassen.

Die in der gemeinsamen Geschichte gewachsene Einheit der Nation ist weder in dem schrecklichen Verhängnis des nationalsozialistischen Regimes noch in der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges untergegangen. Sie lebt fort in dem Wil-

len zu einer gemeinsamen Zukunft in Einheit und Freiheit, die es in freier Selbstbestimmung zu vollenden gilt. Dies ist der in der Präambel des Grundgesetzes fixierte Verfassungsauftrag und unser Herzensanliegen zugleich. Und niemand ist legitimiert, uns Deutschen, die wir uns zu unserer ganzen Geschichte bekennen, das Menschenrecht auf freie Selbstbestimmung vorzuenthalten.

Darum ist die deutsche Frage ungelöst, ist sie — wie es in der Regierungserklärung heißt — rechtlich, politisch und

## Helmut Kohl zur Abrüstungsdiskussion

*Wir werden in den Punkten in den nächsten Tagen noch eine Menge Gespräche, vor allem mit unseren alliierten Freunden, zu führen haben. Ich treffe am kommenden Wochenende den französischen Premierminister Chirac; mein Freund und Kollege Martens aus Belgien kommt nächste Woche; es sind also viele Gespräche. Und ich habe bis zur Stunde noch nicht den Originaltext und die Übersetzung der sowjetischen Vorschläge vor mir liegen. Wissen Sie, es ist ja ein seltsamer Zustand, daß viele erwarten, daß man zu einem Vorschlag Stellung nimmt, den man noch gar nicht kennt. Ich habe gestern gesagt: Jetzt warten wir ab, bis wir den Vorschlag haben, dann werden wir ihn prüfen, mit unseren amerikanischen und anderen Freunden besprechen. Dann geben wir unsere Auskunft. (ZDF, 28. April 1987)*

geschichtlich nach wie vor offen, auch wenn sie — rückwärts betrachtet — lange Jahre in einem Zustand der Erstarrung schien. Daß dieser Eindruck sich allmählich zu lösen beginnt, dafür gibt es deutliche Anzeichen:

Die jüngere Generation fragt wieder verstärkt nach staatlicher und nationaler Identität; das Interesse an der deutschen Geschichte nimmt in der Bevölkerung zu, und in der Diskussion der Historiker ist die deutsche Frage wieder ein aktuelles Thema. Bemerkenswert ist auch, daß gerade im Ausland die deutsche Frage wachsende Aufmerksamkeit findet. Diese Entwicklung muß in der Deutschlandpolitik aufgegriffen und berücksichtigt werden.

Wie im ständigen Wandel des geschichtlichen Prozesses die Antwort auf die deutsche Frage letztlich lauten wird, kann heute niemand voraussagen. Für die konkrete Lösung gibt es kein Patentrezept. Dies entbindet uns nicht von der Pflicht, jederzeit nach dieser Antwort zu suchen und an ihr zu arbeiten. Und mit Recht kann erwartet werden, daß wir Deutsche klar und deutlich Voraussetzungen und Bedingungen einer möglichen Lösung nennen. Dazu an dieser Stelle nur zwei Grundgedanken:

■ Wir wollen die deutsche Frage gewaltfrei mit Europa, nicht gegen Europa lösen. Wir wissen, daß das Schicksal Deutschlands nicht nur die Deutschen, sondern alle Nachbarn betrifft — im Westen wie im Osten. Deshalb streben wir eine Lösung in Freiheit im gesamteuropäischen Rahmen und im Einvernehmen mit allen unseren Nachbarn an.

■ Die Lösung der deutschen Frage darf nicht losgelöst werden von den Werten der Menschenrechte und der Demokratie. Deshalb bilden Freiheit und Selbstbestimmung auch die Grundvoraussetzungen für das Ziel der deutschen Einheit. In der praktischen Politik bedeutet dies

für uns, daß wir uns leiten lassen von dem Interesse aller Deutschen, deren Wohl und Wehe Richtschnur unseres Handelns ist. Deshalb gilt es, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit zu stärken und zu festigen. Wir haben im geteilten Deutschland verbindende Gemeinsamkeiten zu erhalten und neue zu schaffen. Aber es geht auch darum, die ungelöste deutsche Frage im Bewußtsein der Weltöffentlichkeit lebendig zu erhalten, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen und alle Entwicklungen in der Welt und in Europa, die unserem Ziel dienen, durch eine operative Politik zu fördern.

Dies sind klare Maßstäbe, die unsere Deutschlandpolitik berechenbar machen — nach innen wie nach außen. Mit der gleichen Klarheit und Berechenbarkeit wollen wir auch unsere Beziehungen zum anderen Staat Deutschland gestalten.

Wir suchen den Dialog und die Zusammenarbeit mit der DDR, aber wir verwischen deshalb nicht die Unterschiede.

Für uns steht der Mensch, nicht das System im Mittelpunkt. Unsere innerdeutsche Politik orientiert sich an unseren Wertvorstellungen. Deshalb können und werden wir auch nie zu Unrecht schweigen.

Wir wollen die Beziehungen zur DDR nüchtern und sachlich so gestalten, daß die Menschen in Deutschland davon einen erfahrbaren Nutzen haben und der Frieden in Europa dadurch gestärkt wird. In den vergangenen vier Jahren ist in den innerdeutschen Beziehungen viel erreicht worden. Der Bundeskanzler hat dies in seiner Regierungserklärung gewürdigt. Für die Erfolge ist allen zu danken, die sich tagtäglich der mühsamen Aufgabe gestellt haben, auf diesem steinigem Acker zu pflügen. Ich nenne vor allen anderen meinen Vorgänger im Amt,  
**Heinrich Windelen.**

# Wir werden alles tun, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze in der Stahlindustrie zu erhalten

Die jüngste Debatte um die Probleme der Stahlindustrie hat in den Revieren zu Unruhe und Besorgnis geführt. Für die Menschen in den Stahlrevieren muß Klarheit darüber geschaffen werden, wie die Zukunft beim Stahl aussieht. Bei der Stahlindustrie geht es nicht nur um die Auswirkungen von echten Kapazitätsanpassungen auf die Belegschaft, sondern auch darum, daß Belegschaftsüberhänge zusätzlich abgebaut werden müssen. Die Kapazitätsanpassungen und der Abbau der

Arbeitsplätze sind nicht aufzuhalten. Es liegt auch nicht im Interesse der Stahlindustrie, über neue Subventionen, Verstaatlichungsschritte oder andere Maßnahmen zu beschließen, die zu einer Verhinderung des Strukturwandels führen würden.

In den letzten Wochen und Monaten sind von den Unternehmen, den Gewerkschaften, den Ländern, den Kommunen und von den Parteien die verschiedensten Vorschläge unterbreitet worden. Hierzu erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Matthias Wissmann, MdB:**

■ Einigkeit besteht wohl darüber, daß der Subventionskodex in der Europäischen Gemeinschaft auf alle Fälle eingehalten werden sollte. Dies gilt insbesondere für das Subventionsverbot des Artikel 4c des Montanvertrages, der seit Beginn des Jahres 1986 wieder gilt. Wettbewerbsverzerrungen gilt es zu bekämpfen. Dies hat die Bundesregierung auch in ihren Gesprächen mit der EG-Kommission deutlich gemacht. Auf der Stahl-sitzung des EG-Ministerrates im März 1987 haben sich die 12 Mitgliedsländer dazu verpflichtet, die Stahlindustrie nicht mit illegalen Subventionen zu unterstützen. Die Minister erklärten, daß sie den gegenwärtigen Beihilfekodex „strikt einhalten“. Nach dem zweiten Kodex dürfen Stahlunternehmen seit 1986 nur noch für Forschungs- und Umweltvorhaben sowie bei Schließungen staatlich unterstützt werden. Beihilfen für Investitionen und vor allem für Verlustabwicklungen sind seit Anfang 1986 nicht mehr erlaubt.

*(Fortsetzung von der vorigen Seite)*

Wir sind bereit, die Beziehungen zur DDR weiter zu vertiefen und auszubauen. Hier gilt es, Phantasie und Initiative zu entwickeln, um neue Felder der pragmatischen Zusammenarbeit zu erschließen. Neue Entwicklungen in Europa und in der Welt zeigen neue Möglichkeiten auf und lassen auch die beiden Staaten in Deutschland nicht unberührt. Wir hoffen auf eine fruchtbare Kooperation statt starrer Konfrontation, wir wollen in praktischen Fragen aufeinander zugehen und damit auch den Frieden sicherer machen.

Wir werden alle Möglichkeiten sorgfältig prüfen und jede Chance wahrnehmen, die sich für mehr Menschlichkeit und mehr Miteinander in Deutschland bietet. Die Last der Teilung unseres Vaterlandes liegt drückend auf uns. Die unmittelbare Begegnung der Menschen untereinander und das Zueinanderkommen in Freizügigkeit könnten mithelfen, sie zu erleichtern.

■ Da im Jahr 1986 bei den italienischen, französischen und belgischen Staatsunternehmen Verluste in Höhe von ca. 4 Mrd. DM aufgelaufen sind, wird sich hier zeigen, wie diese Verluste ausgeglichen werden, ohne daß der Kodex verletzt wird. Da Umgehungstatbestände drohen, unterstützt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung in ihren Bemühungen, daß der Kodex eingehalten wird. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erscheint in Brüssel ein noch entschiedeneres Auftreten erforderlich. Die deutsche Stahlindustrie hat in den letzten Wochen und Monaten wiederholt die Befürchtung geäußert, daß Konkurrenzunternehmen in den Nachbarländern weiterhin subventioniert werden. Die deutschen Unternehmen haben sich für eine Fortsetzung des Quotensystems ausgesprochen, da sie bei einem Verzicht auf die Beschränkung der Produktion und der innergemeinschaftlichen Auslieferung einem Preis- und Mengenkrieg der staatlichen Konzerne in den Partnerländern nicht gewachsen wären.

■ Es besteht darüber Einigkeit, daß das Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb der Eisen- und Stahlindustrie, das sogenannte Stahlstandortprogramm über den 31. Dezember 1987 hinaus verlängert wird. Die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen kann aber nicht allein Aufgabe der Bundesregierung sein. Hierzu sind die Gewerkschaften, die Unternehmen, die Kommunen und die Landesregierungen ebenso aufgefordert. In diesem Zusammenhang ist es in den letzten Tagen zu einer Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften gekommen. Die Arbeitgeberseite hat für die beteiligten Unternehmen an der Ruhr eine Stahlstiftung Ruhr ähnlich wie die Stahlstiftung Saar vorgeschlagen. Die IG Metall hatte im Gegensatz dazu die Gründung einer

Beschäftigungsgesellschaft vorgeschlagen. Entscheidend in diesem Zusammenhang ist nicht, wie die Gesellschaft genannt wird, sondern es geht darum, daß neue Wege beschritten werden, und es muß abgeklärt werden, wie diese ausgestaltet werden können. Keinesfalls darf eine solche Einrichtung aber zum Instrument werden, um aus der unternehmerischen bzw. gewerkschaftlichen Verantwortung zu fliehen und die Konsequenzen der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung dem Staat zuzuschieben.

■ Zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen sind intensivere Bemühungen erforderlich. Die Stahlindustrie erbringt jährlich einen erheblichen Beitrag über die Montanumlage, die von der Kommission auch zur Finanzierung dieser Aufgabe verwendet wird. Seit 1980 haben die Unternehmen hierfür rd. eine halbe Milliarde DM aufgebracht. Trotz dieser Aufwendungen sollten sich die Unternehmen, von denen viele in den letzten Jahren einen erfolgreichen Diversifizierungsprozeß durchlaufen haben, in ihren Investitionsentscheidungen in anderen Unternehmensbereichen davon leiten lassen, den Stahlstandorten zu helfen. Hier haben die Unternehmen eine gesellschaftliche Verantwortung, der sie sich nicht ohne weiteres entziehen können. An die Vorstände ist zu appellieren, daß sie Zukunftsinvestitionen in rentablen Unternehmensbereichen schwerpunktmäßig stärker an den Orten vornehmen, an denen sie gezwungen sind, unrentable Produktionsstätten zu schließen. Die Unternehmen haben neben der betriebswirtschaftlichen auch eine volkswirtschaftliche Verantwortung und bei der Umstrukturierung notleidender Regionen einen entscheidenden Beitrag zu leisten.

■ Bei der Umstrukturierung der Regionen sind auch die Kommunen und Länder gefordert. Insbesondere in den SPD-

regierten Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Saarland ist eine industrie-feindliche Haltung nicht zu verkennen. Häufig hat man den Eindruck, daß gerade in diesen Ländern mehr Leute darüber nachdenken, wie man eine Investition und damit neue Arbeitsplätze verhindert als sie zu fördern. Die Industrie- und Handelskammern wie auch die Universitäten und Hochschulen haben Wege und Möglichkeiten aufgezeigt. Es gilt jetzt, die industrie-feindliche Haltung abzubauen und dafür Sorge zu tragen, daß der Umstrukturierungsprozeß gerade in den Revieren an Rhein, Ruhr und Saar unbehindert erfolgt.

■ Die Bundesregierung wird in der AFG-Novelle, die zum 1. Juli 1987 in Kraft treten soll, die Zahlung des Kurzarbeitergeldes für die Stahlarbeiter auf drei Jahre verlängern. Diese Maßnahme könnte mit dazu beitragen, daß Umstrukturierungen ohne Entlassungen durchgeführt werden können. Diese Regelung soll zum 1. Juli 1987 in Kraft gesetzt werden. Die Opposition ist aufgefordert, in den Ausschüssen konstruktiv mitzuarbeiten, um die Regelung rechtzeitig in Kraft zu setzen. Die ebenfalls geplante Verlängerung des Arbeitslosengeldes bedeutet auch eine Entlastung für die Stahlindustrie und die Kommunen, weil sie den Unternehmen eine Erleichterung bei den Kosten der Sozialpläne verschafft und weil insbesondere die bedrängten Kommunen von Sozialhilfekosten entlastet werden. Im Zusammenhang mit den Montanhilfen wird das Wartegeld entsprechend der Staffelung des Arbeitslosengeldes verlängert. Die Umschulungsbeihilfen, die zum Unterhaltsgeld nach AFG hinzukommen, sollen erhöht werden, und zwar von 60,— DM für Ledige und 75,— DM für Verheiratete auf 200,— DM, weil Qualifizierung ein Beitrag dazu ist, um den Menschen wieder eine Per-

spektive zu geben. Bei den Übergangshilfen soll der Einkommenshöchstbetrag erhöht werden.

■ Für einige Erzeugnisse will die Kommission nach Beratung mit der Industrie Anfang Juni ein neues über 1987 hinausreichendes Quotensystem vorschlagen. Ob allerdings den Wünschen der deutschen Stahlindustrie, die ein wirksames und mindestens bis 1990 gültiges Quotensystem fordert, Rechnung getragen wird, wird sich im Verlauf der Verhandlungen zeigen. Der Ministerrat hatte sich in seiner Sitzung Ende März auch gegen einen sofortigen Verzicht auf die Quotenbeschränkungen bei Walzdraht und Stabstahl ausgesprochen. Die Kommission ist allerdings nur bereit ein über 1987 hinausreichendes Quotensystem vorzuschlagen, wenn die von den Unternehmen angebotenen Stilllegungen ausreichend sind. Dies hat zur Folge, daß in allen EG-Ländern auf lange Frist vermutlich ganze Standorte aufgegeben werden. Als erfreulich ist zu verzeichnen, daß sich die Minister im Grundsatz darauf verständigt haben, die sich abzeichnenden Arbeitsplatzverluste in der Stahlindustrie durch finanzielle Maßnahmen abzufedern. Die deutsche Stahlindustrie war mit den Ergebnissen des Ministerrates im März d. J. nicht ganz zufrieden. Sie bedauerte, daß die Initiative des Dachverbandes Eurofer mit einem Stilllegungspotential von etwa 15 Mio. t Walzstahlkapazität von der Kommission nicht positiver aufgegriffen wurde.

■ Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einem Antrag „Krise in der Eisen- und Stahlindustrie“ ihre Haltung formuliert. Sie hat dabei die bisherige Bundesregierung kritisiert. Diese Kritik der SPD ist unbegründet. In den bisherigen Ausführungen ist deutlich geworden, daß es der deutschen Stahlindustrie trotz der krisenhaften Entwicklung in den letzten Jahren

wesentlich besser als anderen gelungen ist, sich zu behaupten. In einigen Punkten stimmt die Union mit den Vorstellungen der SPD wie z. B. der strikten Einhaltung des Subventionskodexes, des Abbaus der Überkapazitäten oder auch der Verlängerung des Stahlstandortprogramms überein. Die Union lehnt aber die Einrichtung eines nationalen Stahlausschusses, der bis Ende Juni 1987 ein nationales Stahlkonzept erarbeiten soll, ab. In einem solchen nationalen Stahlausschuß, der nach Auffassung der SPD aus Vertretern von Bund, Ländern, Gemeinden und Kommunalverbänden, Unternehmen und Gewerkschaften bestehen soll, könnte allenfalls der kleinste gemeinsame Nenner vereinbart werden, die notwendigen Zukunftsentscheidungen würden aber vermieden.

■ Der jetzt von der Bundesregierung eingeschlagene Weg mittels einer Stahlrunde die Konzepte voranzubringen, erscheint wesentlich erfolgversprechender.

Zunächst gilt für die Stahlindustrie, daß sie erklären muß, wie und wo der Anpassungsbedarf besteht. Dieser Anpassungsbedarf kann mit politischen Instrumenten nicht verhindert, aber er kann abgefedert werden. Damit können bruchartige Entwicklungen vermieden werden. Erfreulich ist, daß sowohl die SPD wie auch die IG Metall zu erkennen gegeben haben, daß auch sie nicht in der Lage sein würden, jeden weiteren Personalabbau und jeden weiteren Kapazitätsabbau in der Stahlindustrie zu verhindern. Diese positiven Zeichen sollten in den Gesprächen aufgegriffen werden. Allerdings lehnt die CDU/CSU das von der IG Metall vorgelegte Konzept der Vergesellschaftung der Stahlindustrie ab. Die Union bejaht die Mitbestimmung der Arbeitnehmer gerade im Montanbereich. Wer von Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite Verantwortung übernommen hat, muß auch

in schwierigen Situationen zu seiner Verantwortung stehen und darf nicht nach Fluchtwegen Ausschau halten.

Die Erfahrungen der vergangenen zehn Jahre haben uns allen unmißverständlich demonstriert, daß die durch weltweite Nachfrage- und Kostenveränderungen notwendig gewordene Umstrukturierung einer wichtigen und bedeutenden Industriebranche weder durch Überführung privatwirtschaftlicher Firmen in öffentliches Eigentum noch durch gigantische staatliche Subventionen zu vermeiden oder aufzuhalten ist. Den Stahlarbeitern können wir zusagen, daß alles unternommen wird, um wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu erhalten. Wo ein Abbau von Arbeitsplätzen erforderlich ist, werden wir uns darum bemühen, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Nur mit einer Anstrengung aller Beteiligten wird es uns gelingen, die Probleme beim Stahl zu lösen. Wer sich hierbei profilieren will, tut dies auf Kosten der Stahlarbeiter.

## „Leitfaden für Behinderte“ neu aufgelegt

Praktische Tips zu steuerlichen Erleichterungen und Vergünstigungen bei öffentlichen Verkehrsmitteln, privaten Fahrzeugen sowie den finanziellen Hilfen bei Hausbau und Wohnungsmiete gibt der „Leitfaden für Behinderte“ des Bundesarbeitsministeriums. Die 250seitige Broschüre erläutert darüber hinaus alle derzeit existierenden Möglichkeiten der Hilfe und der Förderung bei Rehabilitation und Eingliederung in Schule und Beruf. Alle Gesetzestexte, die für die Behinderten von Bedeutung sind, sind im neuen „Leitfaden“ abgedruckt.

Die Broschüre kann schriftlich angefordert werden beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Broschürenstelle), Postfach, 5300 Bonn 1.

# Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988

Das Bundeskabinett hat am 1. April 1987 den von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes (Steuersenkungs-Erweiterungsgesetz 1988) verabschiedet. Mit dem Gesetzentwurf schlägt die Bundesregierung eine Aufstockung der zweiten Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/1988 um 5,2 Milliarden DM vor. Zusammen mit der bereits beschlossenen Entlastung von rd. 8,5 Milliarden DM macht die Steuersenkung 1988 insgesamt 13,7 Milliarden DM aus. Das Steuersenkungsgesetz 1986/88 wird damit in seinen beiden Stufen (ab 1. Januar 1986 sowie ab 1. Januar 1988) eine Steuerentlastung von insgesamt 24,6 Milliarden DM bringen, ohne daß auf der anderen Seite Steuern erhöht werden.

Mit der zusätzlichen Steuerentlastung von 5,2 Milliarden DM wird ein Teil der für 1990 vorgesehenen Steuerreform auf 1988 vorgezogen. Die drei Stufen der Steuersenkung 1986, 1988 und 1990 sind Bestandteil eines Gesamtplans zur steuerlichen Entlastung.

Der Schwerpunkt der zusätzlichen Steuersenkung 1988 liegt wiederum beim Einkommensteuertarif. Damit sollen die Rahmenbedingungen für Leistung, Investitionen und Innovationen und damit für die Beschäftigung weiter verbessert werden. Die verstärkte Abflachung der Lohn- und Einkommensteuerprogression sowie die Fortführung der 1986 begonnenen Aufstockung des Grundfreibetrages und entsprechend des Haushaltsfreibetrages für Alleinstehende mit Kindern werden auch das für den privaten Verbrauch verfügbare Einkommen erhöhen.

Als besondere Maßnahme zur Mittstands-förderung enthält der Gesetzentwurf eine Verbesserung der Sonderabschreibung nach § 7 g des Einkommensteuergesetzes durch Verdoppelung der Sonderabschreibungen auf 20 v. H. und der Möglichkeit der Verteilung dieser Abschreibungen auf drei Jahre sowie Ausdehnung auf Betriebe mit einem Einheitswert bis zu 240 000 DM (bisher 120 000 DM).

Die Verbesserungen beim Ausbildungsfreibetrag für Eltern, die wegen erhöhter Aufwendungen für die Ausbildung von Kindern besonders belastet sind, sind ein weiterer Schritt zur Herstellung von Steuergerechtigkeit für die Familien.

Entsprechend der Koalitionsvereinbarung sind folgende Entlastungen vorgesehen:

- Weitere Verstärkung der Tarifentlastung (3 Milliarden DM);
- Erhöhung des Grundfreibetrages um 216 DM/432 DM auf 4752/9 504 DM und des Haushaltsfreibetrages um 216 DM auf 4752 DM (1,4 Milliarden DM);
- Anhebung der Ausbildungsfreibeträge von 1 200/1 800/3 000 DM auf 1 800/2 400/4 200 DM und Erhöhung des anrechnungsfreien Betrages der eigenen Einkünfte des Kindes um 1 200 DM auf 3 600 DM (300 Millionen DM);
- Verbesserung der Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Betriebe nach § 7 g EStG (500 Millionen DM).

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg ist überzeugt, daß die vorgezogene Entlastung die wirtschaftlichen Wachstumskräfte weiter stärken und zur Verstärkung der insgesamt nach oben gerichteten wirtschaftlichen Entwicklung beitragen wird.

# 19. Parteitag der Exil-CDU

**Die Exil-CDU, die legale politische Vertretung der Christlich-Demokratischen Union in Mitteldeutschland, der dort seit 1948 das Selbstbestimmungsrecht versagt ist, hat auf ihrem 19. Parteitag in Hof eine neue Führung gewählt. Der Parteitag, der unter dem Leitthema „Deutsche Einheit — unverzichtbares Ziel“ stand, wählte fast einstimmig Siegfried Dübel zum ersten Vorsitzenden und Henning Lemmer zum zweiten Vorsitzenden. Alfred Krause wurde als geschäftsführendes Mitglied des Hauptvorstandes in seinem Amt bestätigt.**

Der bisherige Vorsitzende Johann Baptist Gradl hatte nach siebzehnjähriger Amtszeit aus persönlichen Gründen nicht mehr kandidiert. Er wurde einstimmig als Ehrenvorsitzender gewählt. Siegfried Dübel, bisher zweiter Vorsitzender, gehört ebenso wie Johann Baptist Gradl zu den Gründern der Exil-CDU. In seinem Grundsatzreferat „Deutsche Einheit — unverzichtbares Ziel“ erinnerte Gradl an den gewaltsamen Gleichschaltungsprozeß in der sowjetischen Besatzungszone, der dazu führte, daß der legal gewählte Parteivorstand der CDU in Mitteldeutschland von den Sowjets abgesetzt wurde und der Vorstand mit vielen vertriebenen Mitarbeitern und Delegierten ins politische „Exil“ außerhalb des Sowjetbereiches gehen mußte. Daraus entstand die „Exil-CDU“, die sich im September 1950 in West-Berlin konstituierte. Der erste Vorsitzende der Exil-CDU war Jacob Kaiser, dem Ernst Lemmer und 1970 Johann Baptist Gradl folgten.

In seiner Rede erneuerte Johann Baptist Gradl das Bekenntnis zum Wiedervereini-

gungsauftrag des Grundgesetzes, der, wie er sagte, weder als disponibel noch als Zierformel oder Betäubungsmittel zu verstehen sei, „sondern als verbindliche Zielbeschreibung. Sozusagen als das Alpha und Omega deutscher Politik, eben so lange das Ziel nicht erreicht ist. Dies darf weder totgeschwiegen noch als Illusion abgetan werden, mag der Weg zum Ziel lang und schwierig sein.“ Mit Blick über die Zonengrenze sagte Gradl unter großem Beifall: „Die Deutschen drüben dürfen nie das Gefühl bekommen, abgeschrieben zu sein. Wir dürfen ihnen nichts vorspielen. Gewiß: Wunder können wir nicht wirken. Aber Kapitulation, das gibt es nicht, und genau das sollen auch sie spüren.“

Unser Verzicht, auf die nationalen Demütigungen, nicht wie sonst in der Welt üblich, sondern mit Gewaltverzicht zu begegnen, sei die Erfahrung der bitteren Lehren, die wir machen mußten. „Aber dies kann nicht rechtfertigen, daß deutsches Stillhalten als Verzicht mißdeutet, daß uns ein für allemal die Spaltung als Schicksal zugeordnet wird.“

Im Zusammenhang mit den jüngsten Reformbestrebungen Gorbatschows, die vermuten lassen, daß neuerdings bei den Sowjets Interesse an guten Beziehungen zu den Deutschen besteht, machte Johann Baptist Gradl drei Feststellungen:

■ Solange Deutschland gespalten und das Land zwischen Oder und Elbe als sowjetische Machtbasis okkupiert ist, bleibt das deutsche Verhältnis zur Sowjetunion zutiefst belastet und die Mitte Europas ein Risiko für den Frieden. Mit den Mitteln der gegenseitigen Abschreckung kann eine Zeitlang Ruhe bewirkt

werden — wie die Jahrzehnte zeigen —, aber im Grunde ist die Abschreckung doppelt gefährlich, sie verhüllt nur das Risiko der Spaltung.

■ Es ist ein Widerspruch in sich, die deutsche Nation anzuerkennen, ihr aber zugleich Existenz in zwei unabhängigen Staaten mit unterschiedlichen Systemen aufzuerlegen. Dies hieße, dem deutschen Volk freie Selbstbestimmung verweigern und Deutschland auf ein geographisches bzw. sprachliches Kürzel reduzieren. Das deutsche Volk, das gegen seinen Willen in zwei Staaten gespalten ist, muß — um zur Ruhe in sich und mit seiner Umwelt in West und Ost kommen zu können — frei sich zusammenfügen können.

■ Die Zusammenfügung ist gewiß kein einfacher Prozeß. Die deutschen Teile haben sich sehr verschieden entwickelt. Man wird also nicht von heute auf morgen die perfekte Einheit vollziehen können, sondern Übergänge brauchen, sachlich und zeitlich. Aber das Ziel muß von vornherein fest terminiert und garantiert sein. Helfen wird bei dem Zueinander mit Sicherheit der Elan der Erlösung von Spaltung und fremder Oberhoheit.

Als Fazit dieser drei Bemerkungen faßte Gradl zusammen: Auch ein schwieriger Weg zur deutschen Einheit ist besser als keiner, ist jedenfalls dem Frieden dienlicher als der bisherige Zustand. Die Mauer durch Berlin und die Gewaltgrenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands, in denen das deutsche Volk heute seinen international unbestrittenen Bereich hat, sollten doch Warnung und Mahnung genug sein. Die Spaltung verletzt nun einmal die Identität des deutschen Volkes zutiefst.

Achtzig Millionen Menschen mit der Geschichtsrächtigkeit des deutschen Volkes und seiner Leistungskraft auf unabsehbare Zeit die Zusammengehörigkeit verweigern, das hieße die Zukunft nicht

nur Deutschlands zu einem unberechenbaren Spannungs- und Konfliktherd machen.

Der neugewählte erste Vorsitzende, **Siegfried Dübel**, ging ebenfalls auf eine mögliche Änderung der Deutschlandpolitik Moskaus als Folge der letzten ideologischen Entwicklungen ein und bemerkte dazu, daß eine solche Veränderung eines Haupthindernisses in Richtung Wiedervereinigung die ideologische Spaltung nicht aufhebe, aber deutlich zu relativieren beginne. Dazu sagte er: „Für unsere politische Diagnostik war immer wesentlich, daß wir gesagt haben, die deutsche Spaltung ist ein Ergebnis des Ost-West-Gegensatzes und kann nur überwunden werden, wenn die Ost-West-Spaltung in Europa überwunden ist. Die Entwicklungen im Osten können die Ost-West-Spannung in Zukunft mildern und geben für die Zukunft der Deutschlandpolitik neue Chancen, nicht nur in Richtung auf Erleichterungen, sondern auch in Richtung auf Milderung der politischen Spaltung und am Ende möglicherweise auf eine Überwindung der deutschen Spaltung. Es ist kein Zufall, daß Moskau über die deutsche Nation nachdenkt.“

Der Wiedervereinigung würde aber nicht nur die ideologische Vorherrschaft der Kommunisten entgegenstehen, sondern auch Machtinteressen. So gebe es auch westliche Politiker, er nannte den italienischen Außenminister Andreotti, die es nicht bedauern würden, daß es zwei Deutschlands gebe.

„Er hat nach meinem Empfinden nur ausgesprochen, was auch sicher manche westdeutsche SPD-Politiker denken“, sagte Dübel und fügte hinzu: „Es wird daher nötig sein, daß auch bei fortschreitender Entideologisierung des Ost-West-Gegensatzes und sogar bei einer möglichen Überwindung der Ost-West-Problematik Hindernisse zur deutschen Einheit

überwunden werden müssen. Dies wird Aufgabe der deutschen Politik sein und es wird nötig sein, durch internationale Verträge sicherzustellen, daß jegliche Furcht vor dem Gewicht eines wiedervereinigten Deutschlands in Europa abgebaut werden kann. Auf die Dauer aber werden auch alle Gegner einer deutschen Wiedervereinigung nicht darum herumkommen, das deutsche Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen und seiner Verwirklichung keine Hindernisse in den Weg legen. Voraussetzung aber dafür bleibt, daß dieses deutsche Volk sich weiterhin als ein einheitliches deutsches Volk empfindet. Daran mitzuwirken, hier in dem westlichen Teil unseres Vaterlandes, ist unsere erste konkrete und, wie ich meinen möchte, auch realisierbare Aufgabe.“

**Peter Lorenz**, MdB, nannte für die Deutschlandpolitik der Bundesregierung eine doppelte Zielsetzung:

■ Die deutsche Teilung auf friedlichem Wege durch freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen zu überwinden und

■ die Folgen der Teilung — solange sie andauert — für die Menschen in Deutschland erträglicher und für den Frieden in Europa weniger gefährlich zu machen.

Beide Zielsetzungen müßten sorgfältig voneinander unterschieden werden: Die eine langfristig, die andere als tagtägliche Aufgabe. Zur Reise- und Ausreisepraxis der DDR stellte Lorenz fest: „Die Regierung der DDR sieht sich immer mehr dem Druck ihrer Bevölkerung ausgesetzt, die wenigstens so frei reisen möchte, wie das den Angehörigen anderer Staaten des Ostblocks möglich ist. Wenn die DDR hier nicht sichtbare Zugeständnisse macht, wird die Anzahl der Ausreiseträger nicht geringer, sondern größer werden.“ Im übrigen sei zu hoffen, daß die kommunalen Kontakte aufgrund der

neuen Städtepartnerschaften nicht nur Funktionären und Honoratioren, sondern auch den Bürgern die Möglichkeit zu Besuchsreisen eröffneten.

Nachdrücklich wandte sich Lorenz, der lange Zeit Landesvorsitzender der Berliner CDU war, gegen die jahrelange Diskriminierung Berlins und der Berliner durch die DDR, die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten. Diese sollten vielmehr die Gelegenheit des Stadtjubiläums benutzen, um ihre Positionen zu überdenken.

## Kommunale Investitionen wachsen kontinuierlich

Die kommunalen Investitionen sind inzwischen wieder ein solides Element im wirtschaftlichen Wachstum geworden, stellt **Horst Waffenschmidt**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, fest. Sie betragen nach den jetzt vorliegenden Abrechnungen 1986 rund 33 Milliarden Mark und stiegen damit gegenüber 1985 über neun Prozent an. Für 1987 kann erneut eine Steigerung der Investitionen in Höhe von zwei bis drei Milliarden Mark erwartet werden.

Eine gute Grundlage für diese Investitionspolitik der Kommunen sind die kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen. Sie stiegen 1986 trotz erster Rate der Steuerreform um rund 2,5 Milliarden Mark auf rund 59 Milliarden Mark an. Für 1987 kann mit einer weiteren Steigerung um rund drei Milliarden Mark gerechnet werden.

Da die kommunalen Investitionen oft Voraussetzung für private Investitionen sind, kommt ihnen eine wichtige Funktion für die gesamten Investitionsentscheidungen in der Bundesrepublik Deutschland zu.

## Sympathiewerbung mit Aktionen

# Ein Sommer mit der CDU

„Dort mit dem Bürger ins Gespräch kommen, wo er sich in seiner Freizeit aufhält.“

Nach diesem Motto lassen sich in der warmen Jahreszeit zahlreiche Aktionen starten, die weit über die üblichen Veranstaltungen im Versammlungsraum hinausführen und eine echte Sympathiewerbung für die CDU darstellen.

Ein aktiver Ortsverband sollte den Sommer '87 nutzen. Egal, ob nun Aktionen im Umwelt- oder Kulturbereich, zum Thema „Wir lieben Kinder“ oder ein Straßencanvassing geplant werden: Die CDU kommt ins Gespräch und hat immer wieder die Gelegenheit, interessierte Bürger mit unseren politischen Zielen vertraut zu machen.

Nicht zuletzt aber sind öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie viele Beispiele zeigen, auch die beste und sicherste Form der Mitgliederwerbung.

Einige besonders erfolgreiche Aktionsbeispiele stellen wir Ihnen auf diesen Seiten vor.

Weitere Hinweise und Tips erhalten Sie über unser Telefon (Nr. 02 28/5 44-3 71) im Referat für Aktionen und Mitgliederwerbung der Bundesgeschäftsstelle.

### **Jahrmarkt der Sensationen als Sommerfest des CDU-Ortsverbandes**

Führen Sie vor Ort in diesem Jahr doch einmal einen Jahrmarkt durch; einen Trödelmarkt, gewürzt mit Attraktionen:

Sie können einen Spielmannszug einladen, Kleinkünstler engagieren und auch

die örtlichen Sportgruppen einbeziehen, die ihren Leistungsstand sicher gerne demonstrieren. Die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk können ihre publikumswirksamsten Aktionen vorführen. Das Eintopfessen aus der Gulaschkanone darf nicht fehlen!

Die CDU ist natürlich mit Canvassing-Aktionen beteiligt und zeigt für jeden erkennbar, wer hier der Initiator ist.

Für das sich am Nachmittag und Abend anschließende Sommerfest sollten Sie sich in diesem Jahr ein ganz besonderes Motto ausdenken. Warum nicht einmal ein Maskenfest feiern? Mit Kostümen von früher, mit Burgfräulein, Grafen und Rittern, mit Hofnarren, Gauklern und Clowns. Farbenprächtige Gestalten werden das CDU-Fest mit viel Fröhlichkeit beleben.

### **Exkursionen**

Wer kennt schon noch unsere heimischen Vogelstimmen und unsere heimische Pflanzenwelt?

Sicherlich finden Sie einen Fachmann, der der CDU nahesteht. Bitten Sie ihn, an einigen Wochenendtagen frühmorgendliche Exkursionen in nahegelegene Grünzonen oder auch in städtische Grünanlagen zu leiten. Sie werden überrascht sein, wie viele Frühaufsteher es gibt, die auf dieses Angebot eingehen werden. Beim anschließenden gemeinsamen Frühstück ergeben sich bestimmte Gelegenheiten zu interessanten politischen Gesprächen. Mit von der Partie sollten natürlich auch kompetente Vertreter der örtlichen CDU sein.

Auch andere Exkursionsziele werden sicher auf großes Interesse stoßen. Der Besuch eines Freilichtmuseums, eines Wildgeheges oder eines Botanischen Gartens werden bei fachlicher Begleitung für alle Beteiligten ein Erlebnis sein — und ein Erfolg für die CDU.

### **Mal- oder Fotowettbewerb für Kinder**

Farbe und Papier üben auf alle Kinder eine besondere Anziehungskraft aus. Laden Sie zu einem Mal- und Zeichenwettbewerb ein, bei dem sich die Kinder Ihrer Stadt nach Herzenslust austoben können!

Selbstverständlich sollten Sie ein Motto angeben, aber achten Sie darauf, daß Sie die kindliche Phantasie nicht von vornherein zu stark einengen: „Wir malen unsere Stadt/unseren Ort“ wäre z. B. ein geeignetes Thema, zu dem Kindern sicherlich allerlei einfällt.

Als Papier lassen sich die Rückseiten von Tapetenbahnen verwenden. Bitte stellen Sie ausgediente Hemden und T-Shirts zur Verfügung, damit die kleinen Künstler nicht ihre Kleidung mit Farbe beschmutzen.

Bei schönem Wetter sollte die Aktion unter freiem Himmel stattfinden. Das bringt zusätzlich gute Laune. Sachkundige Information am CDU-Canvassing-Stand wird derweil auch bei den Eltern keine Langeweile aufkommen lassen.

Auch ein Fotowettbewerb hat es in sich. Schreiben Sie z. B. mit einem Fotohändler den Preis für das schönste Stadt- oder Landschaftsbild aus. Die ersten 12 preisgekrönten Aufnahmen können anschließend als Kalender für das Jahr 1988 veröffentlicht werden.

### **Die Talkshow unter freiem Himmel**

Warum nicht einmal eine Bürgerversammlung in Form der Fernsehsendung

gen „Drei nach Neun“ oder Fuchsbergers „Heut Abend“ gestalten? Ein stadtbekanntes Lokal mit gemütlichem Biergarten ist der passende Ort für diese Veranstaltung. Benötigt werden lediglich ein Podium und ein schmuckes Sofa.

Gewinnen Sie für diese Aktion den Bundestagskandidaten und weitere interessante Persönlichkeiten aus den Reihen der Union. In solch ungezwungener Atmosphäre macht Diskutieren und Informieren doppelt Spaß.

Und das gehört bei jeder erfolgreichen Sommeraktion mit dazu:

### **Informations- und Sympathiewerbemittel**

Im Werbemittelangebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle finden Sie viele Informationsmaterialien und Sympathie-Werbemittel, die Sie bei einer Sommeraktion bestens einsetzen können oder die Ihnen bei der Vorbereitung helfen. Diese Materialien sind zu den üblichen Bedingungen über das IS-Versandzentrum in Vermold zu beziehen. Hier ein Auszug aus dem Angebot der CDU-Bundesgeschäftsstelle!

### **Bestellhinweise**

**Richten Sie Ihre Bestellungen nur an das IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold.**

Beachten Sie bitte die Mindestabnahmemenge. Die Preise enthalten bereits Fracht- und Verpackungskosten; nur die Mehrwertsteuer müssen Sie noch hinzurechnen. Das IS-Versandzentrum fügt der Materialsendung Lieferschein und Rechnung bei. Überweisen Sie bitte den Rechnungsbetrag ohne Abzug auf das Konto des Versandzentrums.

**1. Wir lieben Kinder**

9140	CDU-T-Shirt, klein (M) mit Aufdruck „Wir lieben Kinder“	5 Stück	39,— DM
9141	CDU-T-Shirt, mittel (L) „Wir lieben Kinder“	5 Stück	39,— DM
9731	Aufkleber: „Wir lieben Kinder“	100 Expl.	12,— DM
9614	Lederfußball mit CDU-Aufdruck	1 Stück	44,— DM
9781	CDU-Modelliermasse „Wir lieben Kinder“	25 Expl.	14,50 DM
9303	CDU-Papierfähnchen	1 000 Expl.	70,— DM
9304	CDU-Luftballons, bunt sortiert	500 Expl.	50,— DM
9305	Ballondrahtstäbe	500 Expl.	15,— DM

**2. Mit uns für eine lebenswerte Umwelt**

1695	Rahmenflugblatt DIN A4, „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“	500 Expl.	25,— DM
8695	Rahmenplakat DIN A1 „Mit uns für eine lebenswerte Umwelt“	50 Expl.	20,— DM
5607	Broschüre „Boden und Landschaft“	50 Expl.	30,50 DM
3670	Handbuch: Umweltaktionen von A—Z	10 Expl.	7,— DM

**3. Anziehend werben – mit der CDU gut aussehen**

9763	CDU-Polohemd, klein (M), weiß	1 Stück	14,95 DM
9764	CDU-Polohemd, klein (M), gelb	1 Stück	14,95 DM
9766	CDU-Polohemd, klein (M), grün	1 Stück	14,95 DM
9767	CDU-Polohemd, mittel (L), weiß	1 Stück	14,95 DM
9768	CDU-Polohemd, mittel (L), gelb	1 Stück	14,95 DM
9769	CDU-Polohemd, mittel (L), rosa	1 Stück	14,95 DM
9770	CDU-Polohemd, mittel (L), grün	1 Stück	14,95 DM
9771	CDU-Polohemd, groß (XL), weiß	1 Stück	14,95 DM
9772	CDU-Polohemd, groß (XL), gelb	1 Stück	14,95 DM
9773	CDU-Polohemd, groß (XL), rosa	1 Stück	14,95 DM
9774	CDU-Polohemd, groß (XL), grün	1 Stück	14,95 DM
9805	CDU-Stirnband, weiß	5 Stück	8,50 DM
9806	CDU-Stirnband, gelb	5 Stück	8,50 DM
9807	CDU-Stirnband, rosa	5 Stück	8,50 DM
9808	CDU-Stirnband, grün	5 Stück	8,50 DM
9362	CDU-Schal, schwarz-rot-gold	5 Stück	40,50 DM

**4. Mitgliederwerbung**

6684	Zehn Fragen, die Sie sich beantworten sollten	100 Stück	26,60 DM
------	---	-----------	----------

(Stand: 27. April 1987)

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Jetzt Bauen!

Zu den derzeitigen Baubedingungen für Einfamilienhäuser erklärt der baupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Dietmar Kansy** MdB: Wer sich Wohneigentum schaffen will, sollte die Gunst der Stunde nutzen und nicht länger warten. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung und die neue steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums haben dazu geführt, daß derzeit so gute Bedingungen vorliegen, wie sie in dieser Kombination kaum schnell wiederkommen dürften.

Die Baupreise sind derzeit weitestgehend stabil. Bedingt durch die Bedarfsanpassung in den letzten Jahren bei nach wie vor vorhandener Überkapazität ist dies jedoch eine Marktreaktion, die nicht den Produktionskosten des Baugewerbes entspricht. Angesichts steigender Personal- und Materialkosten muß bereits im Laufe dieses Jahres wieder mit kleineren Preisanhebungen zu rechnen sein.

Auch Baugeld ist billig wie selten zuvor. Die Durchschnittskonditionen für Dauerfinanzierungsmittel lagen Mitte April 1987 bei 100 Prozent Auszahlung und fünf Jahren bei etwa sechs Prozent. Weniger als ein Prozent teurer ist Geld mit einer Bindung von zehn Jahren, was — wenn finanziell machbar — angestrebt werden sollte, um Sicherheit in die Finanzierung in den oft schwierigen Anfangsjahren des Eigentums zu bringen.

Ab 1. Januar 1987 gelten zudem die neuen Förderungstatbestände nach § 10 e Einkommensteuergesetz. Beginnend mit dem Jahr der Fertigstellung oder des Erwerbs kann der Steuerpflichtige acht Jahre lang jährlich bis zu fünf Prozent der Herstellungs- oder Anschaffungskosten bis zu einem Betrag von 300 000 DM jährlich wie Sonderausgaben von dem zu versteuernden Einkommen abziehen. Dabei kann die Hälfte der Grundstückskosten in die Förderung einbezogen werden. Zusätzlich können jetzt für jedes Kind jährlich 600 DM direkt von der Steuerschuld abgezogen werden.

# UiD

15/87

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.